

**Marianne Demmer**

Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

---

35. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum vom 12. bis 14. Mai 2009  
**„STÄDTISCHES HANDELN IN ZEITEN DER KRISE“ –**

**STATEMENT**

**FORUM C „Bildungsoffensive – Eine Antwort auf die Krise?!“ – Podiumsdiskussion**

*Teilnehmer/innen: Klaus Hebborn (Beigeordneter Deutscher Städtetag), Wolfgang Schuster (OB Stuttgart), Günter Winands (Staatssekretär MSW NRW, Vertreter der KMK), Wolfgang Rombey (Stadtdirektor Aachen, Vors. Schul- und Bildungsausschuss Dt. Städtetag), Wilfried Bos (Universität Dortmund), Heinz-Peter Meidinger, (Vors. Philologenverband), Dieter Dornbusch (BER)*

---

Leitfragen des Forums

**Welche Perspektiven bietet Bildung bei der Bewältigung der Krise?**

- Zu allen Zeiten sind Investitionen in Bildung sinnvoll: Sie sind gleichermaßen gut zur Vorbeugung wie zur Bewältigung von Krisen.
- Gut gebildete und ausgebildete Menschen sind besser in der Lage, persönliche Krisensituationen zu bewältigen. Sie sind besser in der Lage, sich notwendige Informationen zu beschaffen; sie können ihre Interessen besser artikulieren als Menschen mit schlechtem Bildungsstand.
- Der Bildungssektor ist ein riesiger Arbeitsmarkt. In den nächsten Jahren bis 2015 müssen zwischen 45.000 und 60.000 Stellen im Bildungsbereich besetzt werden (Klemm). Bisher stehen dem nur 20.000 auf der Angebotsseite gegenüber. Bildungsarbeiter sind nicht nur wichtig für die Bildung und Ausbildung der jungen Generation. Sie sind auch Konsumenten, die die Nachfrage nach Konsum- und Bildungsgütern beleben. Der Investitionsbedarf in Personal liegt bei ca. 50 Mrd. für die nächsten Jahre.
- Im Bildungssektor besteht ein riesiger Investitionsbedarf in die Erneuerung und Instandsetzung von Bildungseinrichtungen sowie in die Modernisierung von Lehr- und Lernmitteln. Er wird ca. 100 Mrd. Euro geschätzt.

- Mittel- und langfristig ist eine gebildete Gesellschaft, sind gebildete Menschen der beste Garant für eine florierende Wirtschaft, eine kreative und solidarische Gesellschaft und gutes Mittel gegen Verrohung, Vereinzelung und Verwüstung.

### **Welche Bildungsreformen sind vorrangig erforderlich?**

Alles, was der Verbesserung von Chancengleichheit und Qualität gleichermaßen dient:

- Halbierung der Schulabbrecherzahlen
- Erhöhung der Akademikerquote
- Individuelle Förderung während der gesamten Bildungsbiografie
- der zügige Ausbau von Kindertagesstätten für unter Dreijährige
- Kitas als Einrichtungen von Bildung, Erziehung und Betreuung
- ein bedarfsgerechtes flächendeckendes Netz gebundener Ganztagschulen
- ein ortsnahe inklusives und integratives Schulwesen – Eine Schule für alle
- ein Recht auf berufliche Ausbildung
- zügiger Ausbau von Studienplätzen
- Vernetzung der kommunalen Bildungseinrichtungen zu kommunalen Bildungslandschaften; Überwindung der Trennung von Schule und Jugendhilfe
- Gebührenfreie Bildungseinrichtungen; kulturelle, musische und sportliche Bildung als staatliche Pflichtleistungen
- Konjunkturunabhängige aufgabengerechte Bildungsfinanzierung (derzeitige Forderung 7 % + 3 % vom BIP).
- Demokratisierung der Bildungseinrichtungen
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Föderalismusreform III: Aufnahme eines Bildungsartikels ins Grundgesetz. Das Menschenrecht auf chancengleiche und diskriminierungsfreie Bildung muss die Leitidee für die Regelung von Verantwortung und Zuständigkeit sein.

**Wie muss die Zusammenarbeit der unterschiedlichen staatlichen Ebenen, insbesondere zwischen Ländern und Kommunen, weiterentwickelt bzw. verändert werden? Wie können Kooperation und Koordinierung in der Bildung verbessert werden?**

Das Kooperationsverbot der Föderalismusreform I muss rückgängig gemacht werden und durch ein Kooperationsgebot ersetzt werden.

- Wir benötigen einen nationalen Bildungsdialog, der alle Verantwortungs- und Entscheidungsebenen und alle Stakeholder einbezieht. Dieser Dialog sollte in einer nationalen Bildungsstrategie münden, in der die wesentlichen strategischen Ziele festgelegt sind.
- Die Verwirklichung eines diskriminierungsfreien chancengleichen hochwertigen und leistungsfähigen Bildungswesens muss als gesamtgesellschaftliche Pflichtaufgabe definiert werden. Die Realisierung von Chancengleichheit darf weder vom Geldbeutel der Eltern noch von der Finanzkraft der Länder und Kommunen abhängig sein. Es kann nicht sein, dass im reichen Düsseldorf gut ausgestattete Nachmittagsbetreuung an Schulen kostenfrei ist, während im Not leidenden Gelsenkirchen in schlecht ausgestatteten Einrichtungen hohe Gebühren fällig werden.
- Wir brauchen auf allen Verantwortungs- und Entscheidungsebenen koordinierte, planmäßige verlässliche Prozesse. Die Ziele müssen klar beschrieben werden, die Umsetzung muss bis auf die Ebene der Bildungseinrichtungen in realistischen Zeit- und Ressourcenplänen geregelt sein.
- Damit Kooperation und Koordinierung in der Bildung verbessert werden, braucht es zweierlei: gute Gesetze und guten Willen. Um beides hinzubekommen, braucht es kluge Köpfe, Fortbildung und die Arbeit an gemeinsamen Projekten.

**Welche Rolle kommt den Kommunen in der Bildung zu?**

Koordinieren – kooperieren - moderieren – planen - gestalten – finanzieren

- Der auf den Kommunen lastende Erwartungsdruck ist außerordentlich hoch. Sie haben eine zunehmend wichtigere Funktion in Zeiten demografischen Wandels und sich ändernder Bildungsansprüche und –notwendigkeiten. Frühkindliche Bildungseinrichtungen, ganztägige Schulen, die Nachfrage nach hochwertigen Bildungsabschlüssen, individuelle Förderung in der gesamten Bildungsbiografie, der Umbau zu einem inklusiven Bildungsangebot – dies alles sind Hinweise auf tief greifende Veränderungsprozesse, in die die Kommunen eingebunden sind und die die klassische Trennung z.B. in innere und äußere Schulangelegenheiten fragwürdig erscheinen lassen. (Beispiel: Gebäude als „dritter Pädagoge“.) Sie verweisen darauf, dass die Funktionalität bisheriger Steuerungsinstrumente und Finanzierungsmechanismen überdacht werden muss.
- Sie sollen ein chancengleiches, diskriminierungsfreies, gut erreichbares, bedarfsgerechtes hochwertiges Bildungsangebot in gepflegten Bildungseinrichtungen vorhalten.
- Sie sollen flexibel auf sich verändernde Bildungsbedürfnisse reagieren, sie am besten vorhersehen.
- Sie müssen die notwendigen Entscheidungen herbeiführen und entsprechende Anpassungsprozesse moderieren und Kooperationsbeziehungen einleiten.
- Das Ganze soll nach Möglichkeit für die Nutzer kostenfrei sein und den kommunalen Haushalt nicht belasten. So wie Lehrerinnen und Lehrer sich manchmal als Eier legende Wollmilchsau vorkommen, dürfte es auch so manchem Bürgermeister ergehen.
- Zu schaffen ist das nur mit klaren gesetzlichen Grundlagen, unkomplizierten Entscheidungsstrukturen, aufgabengerechten Ressourcenzuweisungen und einer guten Portion Optimismus.